

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Konzentration der Kräfte im Unternehmerlager.

Stetlich geräufeltes hat sich, wie wir bereits meldeten, in diesen Tagen eine Verschmelzung zweier großer Organisationen vollzogen, die seit ungefähr zehn Jahren gleichen Zielen auf getrennten Wegen zustrebten. Es handelt sich um den Zusammenschluß der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände und des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zu einer einheitlichen Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Dieses Ereignis ist für die künftige Gestaltung der Arbeits- und Lohnkämpfe in Deutschland von entscheidender Bedeutung. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände umfaßt die kapitalträchtige Großindustrie und auch die große Masse der mittleren und kleineren gewerblichen Unternehmungen. Die Großindustrie hatte ihre Interessensvertretung — soweit es sich um Arbeiterfragen handelte — in der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, dem Aushängel des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Die mittleren und kleineren Gewerbebetriebe waren für die gleichen Zwecke im Verein deutscher Arbeitgeberverbände organisiert, der wiederum dem Bund der Industriellen nahestand. Der Zusammenschluß dieser beiden großen Arbeitgeberorganisationen ruft das Interesse an ihrer Entstehungsgeschichte wach.

Das rasche Anwachsen der gewerkschaftlichen Organisationen hat schon sehr früh in deutschen Unternehmerrreisen den Wunsch entzogen lassen, die in lokalen und Bezirksebene bestehenden vorhandenen Kräfte zu einem Zentralverbande zusammenzufassen und die Arbeiterorganisationen gegenüberzustellen. Die Hauptbedeutung der Interessen der einzelnen Gruppen der Arbeitgeber auf anderen wirtschaftspolitischen Gebieten — hauptsächlich ihre verschiedene Stellungnahme zu den Fragen der Zoll- und Handelspolitik — hat lange Zeit eine einzige Organisation zum Zwecke der Vertretung des Unternehmertums gegenüber der Arbeiterschaft als unerreichbar erscheinen lassen. Nur ein Bruch von außen her konnte die Überwindung der mannigfachen Bedenken erträglich sein.

Die Frage des Zusammenschlusses der Deutschen Arbeitgeberverbände wurde aber im Winter 1903/04 im Anschluß an die besonderen Entscheidungen, die ein Lohnkampf in Krimmitschau im Gefolge hatte. Fünf Monate lang rangen damals 7000 Weber vergeblich um den Zuschuß des Lohnes. Da ihre eigenen Mittel für einen Kampf von dieser langen Dauer viel zu unbedeutend waren, riefen sie die übrige Klasse der Arbeiterschaft um tatkräftige Unterstützung an. In kurzer Zeit konnten ihnen mehrere Hunderttausend Mark zur Verfügung gestellt werden. Dies veranlaßte den Krimmitschauer Fabrikantenverein, den Verband sächsischer Industrieller und von den deutschen Textilindustriellen finanzielle Hilfe zu erbitten. Daraufhin nahen sich der Zentralverband deutscher Industrieller der Sache an mit dem Erfolge, daß ebenfalls bedeutende Summen für die durch den Lohnkampf gefährdeten Fabrikanlagen aufgebracht wurden. Gleichzeitig wurde für die Gründung eines „großen deutschen Arbeitgeberbundes“ agitiert. Mitte Januar 1904 wurde von den Vertretern zahlreicher Unternehmerorganisationen in Berlin die Gründung des deutschen Arbeitgeberbundes schon beschlossen. Die geplante Verbandsgründung vollzog sich nicht so glatt, wie man ursprünglich gehofft hatte. In beiden Lagern zeigte sich eine starke Opposition gegen den Zusammenschluß. Der Zentralverband ging schließlich ganz selbstständig vor und gründete eine Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände und mobilisierte dies damit, er habe nicht zugeben dürfen, daß neben und vollkommen unabhängig von ihm eine andere, womöglich auf breiterer Grundlage ruhende Vereinigung sich bilde, deren Vertretung die Möglichkeit hätte, im Verlaufe der Zeit ihre Tätigkeit auf alle dem Zentralverband zugehörigen Gebiete auszuweiten. Die Gegenpartei gründete bald darauf den Verein deutscher Arbeitgeberverbände.

Wenn sich auch die Ziele beider Organisationen decken — was recht deutlich in der wörtlichen Übereinstimmung einer Reihe statutarischer Bestimmungen zum Ausdruck kommt —, so bleiben ihre organisatorischen Regelungen doch auf das im Dezember 1904 vereinbarte Kartellverhältnis beschränkt. In den folgenden Jahren hat der Verein noch starken Zuzug — vornehmlich aus Kreisen des Handwerks — erhalten, während die Hauptstelle, deren Hauptquartier in ihrer Kapitulstadt besteht, an Mitgliedern nur wenig zugenommen hat. Der Zusammenschluß beider Gruppen zu einer Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ist zweifellos etwas überstehend gekommen, er lag aber sicherlich in der Richtung der bisherigen Entwicklung der Arbeitgeberorganisationen.

Die Gründung der Vereinigung hat wieder einmal deutlich gezeigt, daß die wirtschaftlichen Interessen von fundamentaler Bedeutung sind und daß die politische Stellungnahme nur eine sekundäre Rolle spielt. Im Kampf um den Zuschuß des Lohnes und der Mittelbetriebe auf die Dauer nicht möglich. Die wirtschaftlichen Organisationsformen hängen also von der politischen Bewusstseinsentwicklung der Arbeiterorganisationen ab, die sich jedoch beide Gruppen wieder zusammengefunden, da hier die einigenden Interessen eben wirtschaftlicher Natur — und zwar von eminenter Bedeutung — waren.

Die neugegründete Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände rechnet angeblich mit einer Jahreseinnahme von 400 000 M. Als Beitrag werden 20 v. H. des Lohnes der beschäftigten Arbeiter erhoben. Hierdurch werden die bisherigen Mitglieder des Vereins stärker zu den finanziellen Leistungen herangezogen, während die Großindustriellen, die früher in der Hauptsache die Kosten tragen mußten, jetzt besser wegkommen. Die in der Vereinigung vertretenen Arbeitgeber beschäftigen zusammen etwa 2 Millionen Arbeiter.

Konkret werden alle die sogenannten Ausarbeiterorganisationen und die unorganisierten Arbeiter aus dieser Unternehmerkonzentration die Lehre ziehen, daß es Selbstverrat wäre, wenn sie noch länger den allein berechtigten freien Gewerkschaften fern blieben. Dieser geschlossenen Unternehmerfront ist ca. 50 000 Unternehmer vereinigt, muß eine ebenso geschlossene Arbeiterorganisation entgegengetreten werden.

Notates.

Zur Aussperrung im Kattengewerbe.

Die mißlungene Aussperrung soll jetzt auch in Dresden allen Anschein nach verfallen. Die Zahl der Aussperrten wird von Tag zu Tag geringer. Jeden Tag treten immer mehr der Aussperrten in Arbeit. Im Lohngebiet Dresden sind nur noch 320 Aussperrte vorhanden, während im Lohngebiet Röhnhort 8 und im Planenschen Grunde deren noch ganze 2 zu verzeichnen sind. In den angeführten Lohngebieten haben 70 Geschäfte mit 520 Gehilfen den Sondertarif anerkannt und wird dort bereits zu den neuen Bedingungen gearbeitet.

Zusammen hatten in den drei Lohngebieten 112 Geschäfte

618 Gehilfen ausgesperrt, wozu noch 180 Arbeitslose und Kranke kommen, so daß 798 Gehilfen in den Kassen der Aussperrten zu führen waren, von denen nur noch insgesamt von 103 Geschäften 330 Gehilfen im Zustand stehen. Demnach haben auch 9 Arbeitgeberverbände die Waffen gestreckt. Da die Einigungsverhandlungen vom 8. und 9. April in Berlin durch das brüske Verhalten der Arbeitgebervertreter gescheitert sind, ist der Kampf weiterzuführen und sollen nun auf Beschluß der am 10. April im Kristallpalast stattgefundenen Versammlung der Gehilfen vorläufig einige der Firmen gesperrt werden, die ganz besonders bemüht waren, bei der Aussperrung ihre Werkstätten von allen Organisierten zu „reinigen“. Es soll dadurch verhindert werden, daß diese Firmen, die jetzt bemüht sind, ihr Geschäft wieder flott zu machen, ohne mit der Arbeitnehmerschaft Frieden zu schließen, auf ihre Rechnung kommen.

Es sind vorläufig nachfolgende aussperrende Firmen von Malern, Lackierern, Anstreichern, Wauern und Tapetierern sowie Hilfsarbeitern strengstens zu meiden. Wir erwarten aber auch, daß die bei den nachfolgenden Firmen beschäftigten unorganisierten in dem und ausgeprägten Kampfe strengste Solidarität üben und keine Arbeitswilligendienste leisten, sondern sich sofort in unserm Verbandsbureau, Nigenbergstraße 6. II., melden. Jeder aufgeklärte und ehrliche Arbeitgenosse muß vorstehender Aufforderung ohne Zögern Rechnung tragen; denn jeder geht mit von den Früchten der Organisation.

Die Gewerkschaftsangehörigen aller Verufe bitten wir, uns in unserem Kampfe zu unterstützen, indem sie Vorstehendes bei gegebener Gelegenheit den in nachgenannten Geschäften Beschäftigten bekannt geben und für genügende Aufklärung sorgen.

In den nächsten Tagen werden wir die Arbeitsstellen bekannt geben, in denen die unten angegebenen Geschäfte Arbeiten ausführen und bitten wir die betreffenden Veröffentlichungen zu beachten.

Gesperrt und streng zu meiden sind folgende Firmen: Karl Seifert, Dörferpl. 3. Hillischer, Hertelstraße, G. Jennig, Schäferstraße, Kubach, Werderstraße, Stimpel, Rathbildenstraße, R. Barthel, Nlandstraße, A. Rütter, Werderstraße, F. Freyer, Königstraße, Ehlers, Schurstraße, Diege, Luisenstraße, K. Hausmann, Holbeinstraße, Richter u. Jünow, Glacisstraße 20, Emil Schmidt, Schönbrunnstraße, Müller, Masewitz, Duhn, Weiher Strich, Rich. May, Krenzelstraße.

(Für letztgenannte Firma ist die Arbeitsstelle „Obdachlosenahne“, Wieschen, freigegeben. Alle anderen Arbeitsstellen gelten als gesperrt.)

Im eigenen Interesse aller Kollegen liegt es, daß die vorläufig angeführten Firmen strengstens gemieden werden. Hoch die Solidarität!

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Deutschlands. (Zentrale Dresden.)

Der Streik in der Däneschiffahrt.

Der Unternehmerverband geht erneut dazu über, die streikenden Mannschaften mit Flugblättern zu bedrängen, um sie zur Aufnahme der Schiffsahrt zu veranlassen. Doch auch diese Versuche werden ihnen nicht zu verbergen sein. In den Flugblättern und auch in Presseberichten beschäftigt sich der Unternehmerverband mit einem Rundschreiben, das der Transportarbeiterverband an die Vertrauensleute geschickt hat. In diesem Rundschreiben war betont, daß sich eine Unterabteilung bemerkbar mache, und daß dieser Zustand nicht mehr zu verbergen sei. Der Unternehmerverband spielt den allen christlichen Seemann, indem er meint, der Verfasser des Rundschreibens müsse schlecht unterrichtet sein. Die offiziellen Verkehrsberichte liefern jedoch den Beweis, daß der Unternehmerverband schlecht unterrichtet ist. So schreibt das Schiff am 11. April: „Durch den Ausbruch der Revolte wurde eine Rot und Laderaum hervorgerufen, die sich von Tag zu Tag fühlbarer und unangenehmer gestaltet. Mit den wenigen verfügbaren Fahrzeugen wird die Nachfrage bei weitem nicht gedeckt, und ist es daher begreiflich, wenn sich die Frachten in aufsteigender Richtung bewegen, da auch der Vorkaufmarkt stark zurückgeht.“

Zwischen vertritt der Unternehmerverband seine Mitglieder auf den halbjährigen Sieg. In seinem letzten Rundschreiben sagt er: „Wir glauben, sagen zu dürfen, daß ein nur noch kurzes Ausdauern uns zum Sieg führen wird.“ — Demnach scheint die Stimmung für ein längeres Ausdauern nicht besonders günstig zu sein. Wenn der Unternehmerverband aber den Sieg erhofft, so muß er seine Mitglieder auf ein langes Ausdauern vorbereiten, denn die Position der Schiffsmannschaften ist so, daß der Gedanke an eine Niederlage dort absolut keinen Raum hat.

Anland.

Lohnbewegungen.

Seit letzten Wochen stehen etwa 300 Arbeiter der Anglo-Continental (vorm. Dölsdorffsche Guano-Werke) in Hamburg im Streik, um Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Die Firma versuchte, mit Berufung auf den Betrieb aufrecht zu erhalten. Das ist mißlungen. Jetzt werden unter falschen Vorwänden in anderen Ausbühnenfabriken eingearbeitete Leute für eine „chemische Fabrik in Hamburg“ — das ist der Betrieb der Anglo-Continental — gesucht. Die Arbeiter in den Superphosphat-, Schwefelsäure- und Ausbühnenfabriken werden dringend um Fernhaltung des Jungs gebeten.

In der Raffinezugfabrik von Weiß in Steint sind 80 Arbeiter und Arbeiterinnen ausständig. Die Firma lehnt jede Verhandlung über die gestellten Lohnforderungen ab. — Jungs ist ferngehalten.

Nach bürgerlichen Meldungen sollen in den oberflächlichen Bergwerken 24 000 Bergleute ihre Kündigung eingereicht haben.

Ueber Lohnbewegungen in der Steinindustrie gehen uns folgende Mitteilungen zu: In Rönigsdorf (Rauß) konnte die Lohnbewegung der Granitarbeiter mit Erfolg beendet werden. Es kam der Bezirkstarif, der für das große Demiler Gebiet Gültigkeit hat, zum Abschluß. Beistellig waren an der Lohnbewegung 193 Arbeiter. — Im Trachytezweig Selters (Westerbau) konnte ein umfangreicher Glieder- und Pflanzentarif zur Anerkennung gebracht werden. Der Steinarbeiterverband kann im dortigen Gebiet auf sehr schöne Erfolge zurückblicken. — In Hurnberg konnten die Granitarbeiter zum ersten Male einen Tarifvertrag zum Abschluß bringen.

Im Schwarzwalde bestehen nun für die Granitarbeiter vorwiegend tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse. — Die Röhner Steinwerke, die auf Beton- und Kunststein beschäftigt sind, konnten den Stundenlohn bei der jetzigen Lohnbewegung von 78 auf 80 Pf. erhöhen; in den zwei nächsten Jahren erhofft sich der Lohn noch auf 85 resp. 90 Pf. — In Reiferslautern sind 72 Sandsteinwerke ausständig. Die Unternehmer wollten den Arbeitern Bestimmungen auferlegen, die es ermöglichten, daß nur die „allerfähigsten“ Steinwerke den garantierten Stundenlohn bekommen würden. 50 Prozent der Beschäftigten könnten nach den tariflichen Wünschen der Unternehmer nach Belieben entlohnt werden. — Zu wiederholten Differenzen ist es im Schotterwerk Röhlig (Oberfranken) gekommen. Nun haben die Arbeiter den Betrieb verlassen, denn die Schlichterung durch die Direktion war eine zu große.

Anland.

Christliche Streikbrecher in Belgien.

Die christlichen Gewerkschaften derselben Bundesstaaten an die Unternehmer, worin diese gebeten werden, ihre Betriebe während des Generalstreiks offen zu halten, und machen sie auf die Arbeitsnachweise der christlichen Gewerkschaften aufmerksam, die Arbeitswillige zur Verfügung haben.

Ein Appell an die internationale Solidarität!

Die belgische Arbeiterschaft steht vor einem schweren Kampfe. Nach reiflichen Erwägungen tritt sie am Montag den 14. April ein in den

Generalstreik für Erziung eines freien Wahlrechts.

Die belgische Arbeiterschaft soll durch Ausnutzung dieses außerordentlichen Kampfmittels die Regierung und die herrschende kirchliche Partei zwingen, in eine Reform des gegenwärtig geltenden Wahlrechts einzustimmen.

Dieses auf die Bevorzugung der Bestehenden zugeschnittene Wahlrecht ist ein Vorposten der Demokratie. Es entzweigt die Arbeiter, Beamten und kleinen Leute vollständig und nimmt ihnen jeden wesentlichen Einfluß auf die Gesetzgebung. Der Bedeutung des Arbeiters im heutigen Produktionsprozess entspricht aber nur ein Wahlrecht, das allgemein, direkt, geheim und gleich ist.

Dieses Wahlrecht soll der fortschrittfeindlichen Regierung mit der Waffe des politischen Massenstreiks abgerungen werden. Die ganze zivilisierte Welt steht mit Spannung auf den kommenden gewaltigen Kampf, in dem die herrschende kirchliche Clique alles daransetzen wird, die Arbeiterschaft niederzurufen. Sicher auch durch den Versuch, Streikbrecher nach Belgien zu holen. Schon bereiten massenhafte Agenten das Material, um Jungs anzuwerben. Und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie ihre Tätigkeit auch auf das übrige Deutschland, namentlich auf das industrielle Sachsen, ausdehnen. Besonders auf die Arbeiter im Bergbau und in der Hütten- und Eisenindustrie haben es die kirchlichen Seelenverkäufer abgesehen. Darum ergeht an alle Arbeiter der dringende Ruf:

Wahret die internationale Solidarität! Lasse dich kein auf seine Profitorientierung und Reichentum haltender Arbeiter als Streikbrecher anwerben!

Belgische Arbeiter rechnen auf die Arbeiterschaft aller Länder. Sie verlangen nichts weiter als die Fernhaltung des Jungs. Sie kämpfen um ihre Menschenrechte, gegen kirchliche Bedrückung und Niederträchtigkeit. Ihr Sieg ist ein Sieg der internationalen Arbeiterschaft, eine Etappe im Aufstieg des internationalen Proletariats. Darum:

Wacht nicht nach Belgien! Weist den Seelenverführern die Tür! Hebt Solidarität!

Parteiangelegenheiten.

Preßprozesse.

Polizeiliche Hebergriffe in der niederländischen Stadt Buer waren Gegenstand einer Verhandlung, die am Mittwoch vor dem Schöffengericht Bochum gegen den verantwortlichen Redakteur des Bochumer Volksblatts, Genossen Pierenkampfer, stattfand. Es wurde erwiesen, daß zwei holländische Bergleute grundlos verhaftet, auf der Straße und in der Wache schwer mißhandelt worden sind. In einem anderen Falle waren zwei Schuyleute nachts in die Wohnung eines Bergmanns eingedrungen und hatten den Raum geschnitten und gemüht. Die Vernehmung über weitere schwere Mißgriffe ließ das Gericht nicht zu. Es hielt den Wahrscheinlichkeit für erbracht, erkannte aber trotzdem auf 50 M. Strafe.

Wegen Verleumdung der Schugruppe wurde Genosse Fischer als verantwortlicher Redakteur der Straßburger Freien Presse von der dortigen Strafkammer zu 100 M. Strafe verurteilt.

Totenliste der Partei.

Ein Parteimitglied ist in Schwelmstadt mit dem früheren Schuhmacher, späteren Drehtafelmaschinenfabrikanten Johann Heiler aus dem Leben geschieden. Heiler hatte die sozialistischen Ideen in der Schweiz in sich aufgenommen, und als er im Jahre 1889 in seine Heimat Würzburg zurückkehrte, trat er dort in der aufblühenden Arbeiterbewegung sofort mit an die erste Stelle. Von seinen Parteigenossen, die seine Fähigkeiten und seinen lauten Charakter bald erkannt hatten, wurde ihm eine ganze Reihe von Vertrauensämtern übertragen, die er sämtlich eifrig und gewissenhaft ausübte. Lange Zeit war er Expedient und Lokalverwalter der Parteizentrale für Unterfranken; der kritischen Parteilithung gehörte er seit 23 Jahren an. Auch in der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung war er hervorragend tätig.

Freispruch aufgehoben.

Der Redakteur des Harburger Volksblatts, Genosse Schubert, war wegen „Verleumdung“ der Gefängnisverwaltung angeklagt worden, weil er in einigen Heftnummern seine unheimliche Behandlung im Gefängnisse beschrieben hatte. Das Gericht mußte feststellen, daß das gerügte Anschauen usw. auf tatsächlichen Vorgängen beruhte. Dem Angeklagten wurde überdies der Schaden des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zur Seite, da er die Kritik unter seiner Namensnennung zu seinem Schutze geschrieben habe. Es erfolgte also Freispruch. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und erzielte vor dem Reichsgericht, daß das freisprechende Urteil aufgehoben wurde. Es hätte festgehalten werden müssen, daß die Ausübung selbst gerade zur Wahrung seines berechtigten Interesses erfolgt sei. Dies sei nicht ausreichend gewesen.



Das Tabakblatt: das gesch. Kennzeichen der altbeliebten echten **Jasmatz-Dubec** 2¹/₂ Pfg. Cigarette

Georg A. Jasmatz A.G. Dresden
Grösste deutsche Cigarettenfabrik